IHK LÜNEBURG WOLFSBURG



BÜROKRATIEUMFRAGE 2026

Belastungsschwerpunkte und Reformforderungen der regionalen Wirtschaft

Eine Unternehmensbefragung der IHKLW
Bürokratie I Wachstum I Wettbewerbsfähigkeit

INHALT

STATUS QUO DES BÜROKRATIEAUFWANDS
Die wichtigsten Ergebnisse auf einen Blick 04

BELASTUNGSSCHWERPUNKTE IM UNTERNEHMENSALLTAG
Wo Unternehmen die größten Belastungen sehen 07

RISIKEN FÜR DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT
Folgen für Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen 10

ERWARTUNGEN AN POLITIK UND VERWALTUNG
Welche Entlastungen Unternehmen fordern 11

EMPFEHLUNGEN AUS DER UNTERNEHMENSPRAXIS
Was Unternehmen konkret erwarten 12

EMPFEHLUNGEN FÜR WIRKSAMEN BÜROKRATIEABBAU
Handlungsempfehlungen der IHKLW 13

PRAXISNAHE REFORMVORSCHLÄGE
Forderungen der IHKLW zum Bürokratieabbau 14

ÜBER DIE UMFRAGE
Methodik 15

Impressum 16



VORWORT

Unternehmen am Limit

Bürokratische Anforderungen gehören zu einem funktionierenden Rechtsstaat. Sie schaffen Transparenz, Verbraucherschutz und Rechtssicherheit. Viele Unternehmen erleben jedoch zunehmend, dass gesetzliche Vorgaben, Dokumentationspflichten und Genehmigungsverfahren ein Ausmaß erreichen, das Investitionen hemmt, Ressourcen bindet und die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt.

Die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage zeigen deutlich: Die Belastungsgrenze vieler Unternehmen ist erreicht. Besonders kleine und mittlere Unternehmen sehen sich mit einem stetig wachsenden Aufwand konfrontiert, während Fachkräfte, Zeit und finanzielle Ressourcen für produktive Tätigkeiten fehlen.

Die Umfrage gibt der Wirtschaft eine Stimme und zeigt konkrete Ansatzpunkte für einen wirksamen Bürokratieabbau.

Datengrundlage:
216 Unternehmen verschiedener Branchen und Größenklassen.

Die wichtigsten Ergebnisse **auf einen Blick**

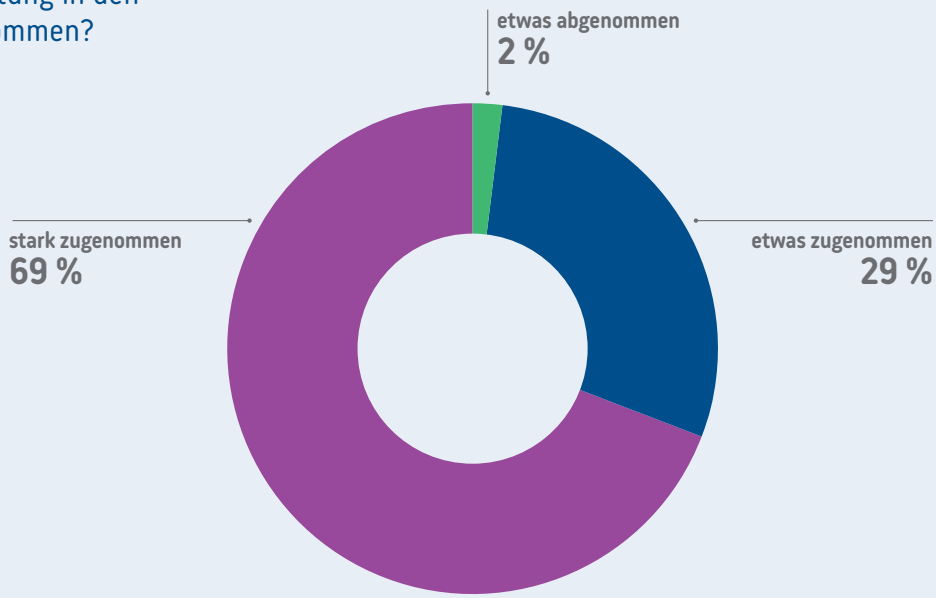
Bürokratie wird als massive Belastung erlebt

→ Die große Mehrheit der Unternehmen bewertet ihre Bürokratiebelastung als stark oder sehr stark.

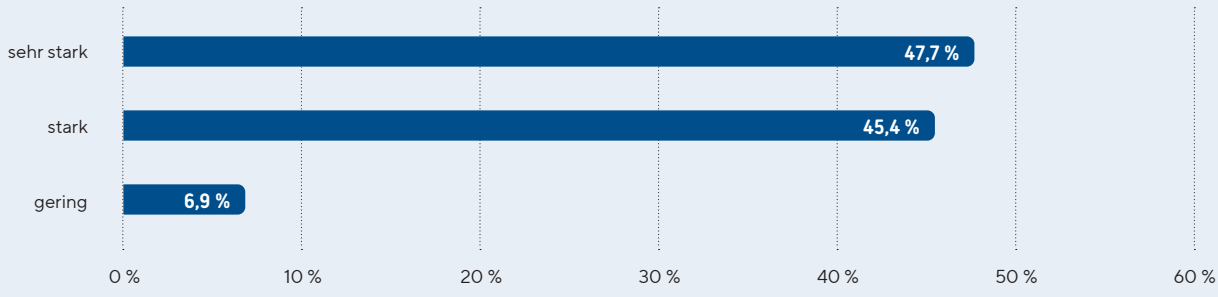
→ In nahezu allen Unternehmensgrößen wird ein Anstieg der Bürokratie wahrgenommen.

→ Besonders häufig wird von einer starken beziehungsweise deutlich zunehmenden Belastung berichtet.

Hat die Bürokratiebelastung in den letzten 5 Jahren zugenommen?



Wie stark fühlen Sie sich insgesamt durch bürokratische Vorgaben belastet?

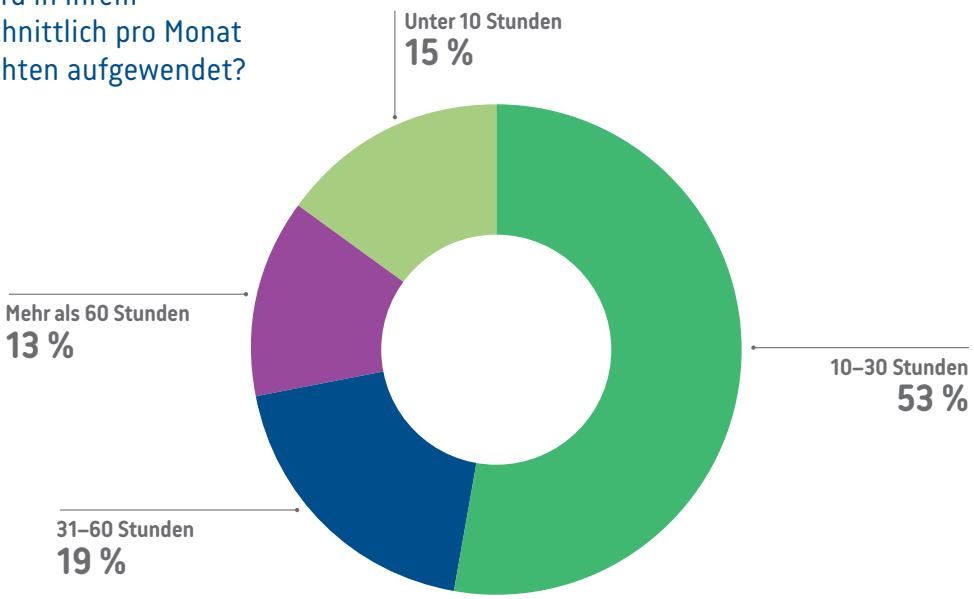


Bürokratie kostet Zeit

→ Viele Unternehmen investieren monatlich viele Arbeitsstunden für Dokumentation, Meldungen, Nachweise und Anträge.

→ Mehr als vier von fünf Unternehmen wenden monatlich über zehn Stunden für Dokumentations-, Nachweis- und Meldepflichten auf. Diese Zeit fehlt für wertschöpfende Tätigkeiten, Investitionen und die Entwicklung neuer Geschäftsfelder. Bürokratie wird damit zunehmend zu einem Produktivitätsfaktor.

Wie viel Arbeitszeit wird in Ihrem Unternehmen durchschnittlich pro Monat für bürokratische Pflichten aufgewendet?

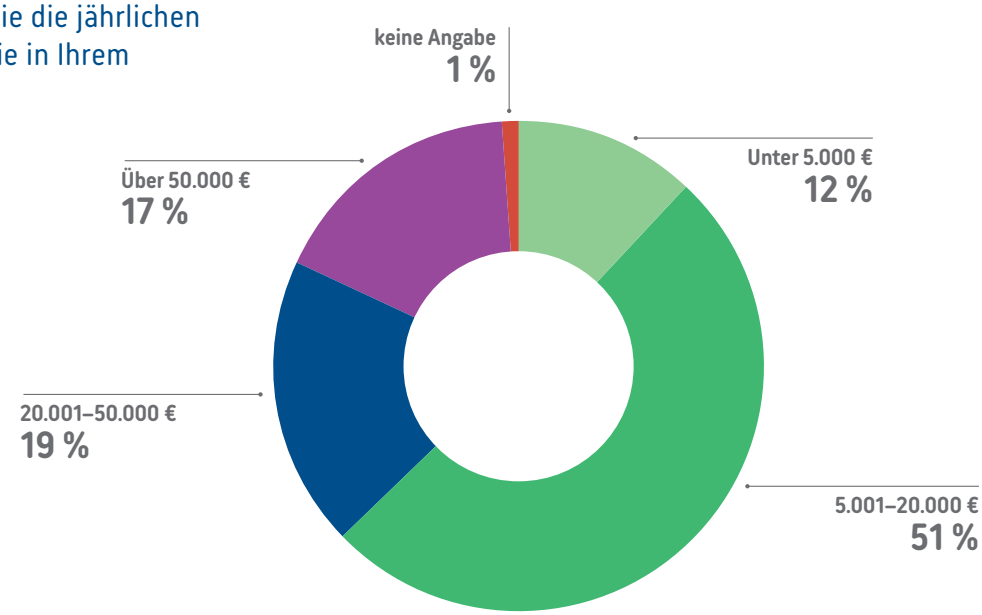


Bürokratie kostet Geld

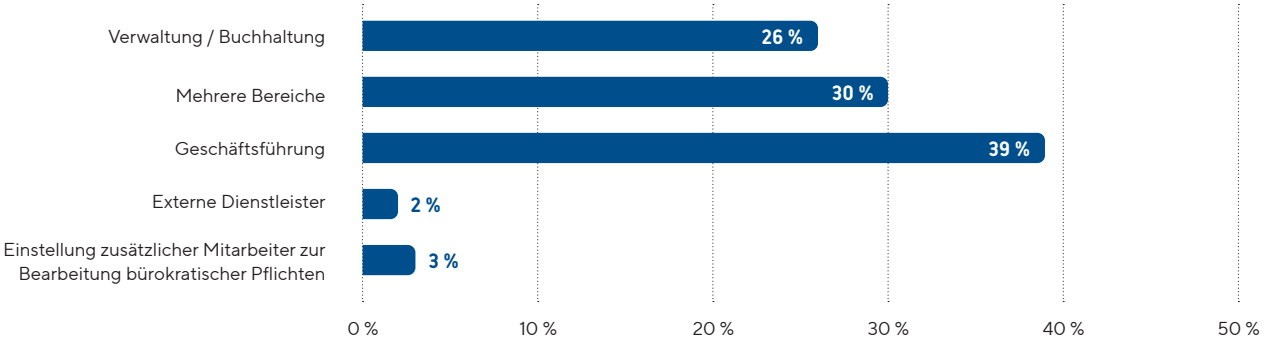
Zahlreiche Betriebe schätzen die jährlichen Bürokratiekosten auf:
→ 5.000 bis 20.000 Euro,
→ 20.000 bis 50.000 Euro,
→ teilweise sogar mehr als 50.000 Euro.

Die Angaben verdeutlichen, dass Bürokratie nicht nur Zeit kostet, sondern auch erhebliche finanzielle Belastungen verursacht. Für viele Unternehmen summieren sich die Kosten auf fünfstellige Beträge pro Jahr, wodurch Mittel gebunden werden, die ansonsten für Investitionen, Innovationen oder Beschäftigung genutzt werden könnten.

Wie hoch schätzen Sie die jährlichen Kosten der Bürokratie in Ihrem Unternehmen?



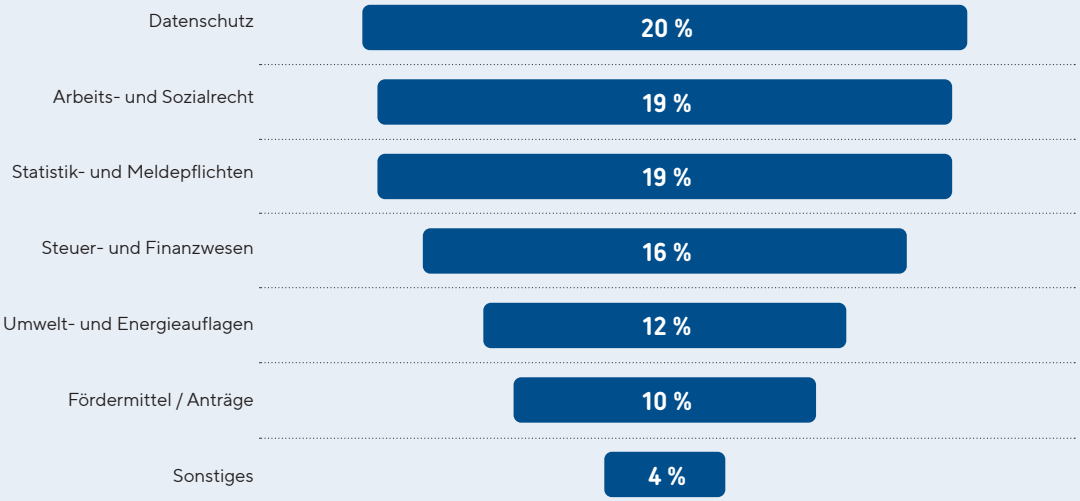
Wer erledigt überwiegend die bürokratischen Aufgaben?



Wo Unternehmen die **größten Belastungen sehen**

Die fünf größten Belastungsfelder

In welchen Bereichen empfinden Sie Bürokratie als besonders belastend?



Die Ergebnisse machen deutlich, dass sich die Bürokratiebelastung nicht auf einzelne Regelungsbereiche beschränkt. Vielmehr sehen die Unternehmen Herausforderungen in einer Vielzahl von Rechts- und Verwaltungsgebieten. Besonders häufig genannt werden steuerliche Pflichten, Statistik- und Meldeverfahren, Arbeits- und Sozialrecht sowie Datenschutz- und Dokumentationsanforderungen. Dies zeigt, dass weniger einzelne Vorschriften als vielmehr die Vielzahl und Komplexität der Vorgaben als Belastung empfunden werden.

Für die Unternehmen entsteht dadurch ein erheblicher organisatorischer Aufwand. Mehrfachmeldungen, umfangreiche Nachweispflichten und sich regelmäßig ändernde Anforderungen binden personelle Kapazitäten, die insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen häufig an anderer Stelle fehlen. Hinzu kommt, dass viele Regelungen für sich genommen nachvollziehbare Ziele verfolgen, in ihrer Gesamtheit jedoch zu einer spürbaren Belastung im betrieblichen Alltag führen.

Besonders häufig genannte Belastungsbeispiele

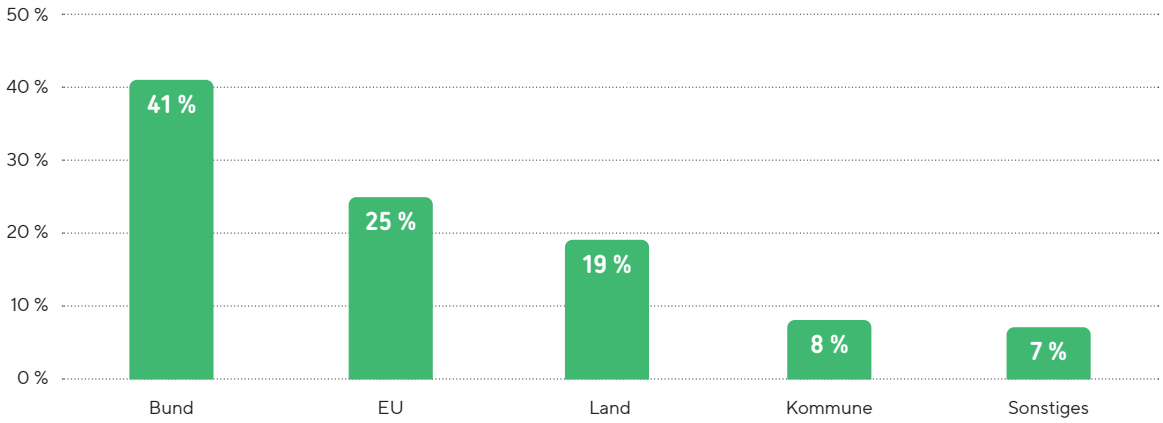
(aus Freitextantworten)

- Genehmigungs- und Bauverfahren
- DSGVO und Datenschutzdokumentation
- Arbeitszeiterfassung
- Statistikmeldungen
- E-Rechnung
- Lieferkettenvorgaben
- Entwaldungsverordnung
- Verpackungsverordnung (PPWR)
- Nachhaltigkeits- und ESG-Berichtspflichten
- Fördermittelanträge

Wo entsteht die Bürokratie?

Die Befragten nehmen die größten Bürokratiebelastungen auf Bundesebene wahr. Die EU- und Landesebene werden als zweit- und drittstärkste Treiber genannt.

Auf welcher politischen Ebene begegnet Ihnen Ihrer Einschätzung nach am meisten Bürokratie?



Typische Kritikpunkte

Ein häufig wiederkehrendes Motiv lautet: Dieselben Daten müssen mehrfach an verschiedene Stellen gemeldet werden.

- Lange Genehmigungszeiten
- Parallele Meldepflichten
- Widersprüchliche Vorgaben
- Fehlende Standardisierung
- Unterschiedliche Zuständigkeiten
- Mangelnde Digitalisierung

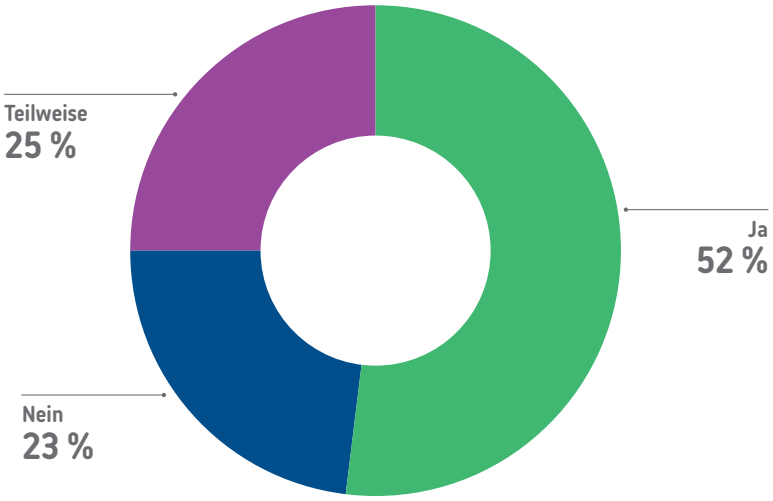
Folgen für Wettbewerbsfähigkeit **und Investitionen**

Die Auswirkungen beschränken sich nicht auf zusätzliche Verwaltungskosten. Viele Unternehmen geben an, dass Bürokratie

→ ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt,
→ Investitionen verzögert,
→ Innovationen erschwert,
→ Wachstum hemmt und
→ die Mitarbeiterzufriedenheit belastet.

Zahlreiche Betriebe berichten darüber hinaus, dass sie Investitionen oder Projekte bereits verschoben oder vollständig aufgegeben haben.

Haben Sie aufgrund bürokratischer Hürden Projekte oder Investitionen verschoben oder aufgegeben?



Welche Entlastungen **Unternehmen fordern**

Die am häufigsten genannten Maßnahmen sind:

1. Reduzierung von Berichtspflichten
Unternehmen fordern weniger Nachweise, Dokumentationen und Meldepflichten.

2. Vereinfachung von Formularen
Komplexe Verfahren sollen verständlicher und anwenderfreundlicher gestaltet werden.

3. Vertrauensbasierte Regelungen
Viele Unternehmen wünschen mehr Eigenverantwortung und weniger Generalverdacht.

4. Digitale One-Stop-Lösungen
Einmal erfasste Daten sollten mehrfach genutzt werden können.

5. Einheitliche Ansprechpartner
Zuständigkeiten sollen transparenter und Verfahren einfacher werden.

Zitate

> „Unternehmen wollen wirtschaften, nicht dokumentieren.“

> „Die Basis von Null-Vertrauen ist verletzend und bindet die Kapazitäten des Unternehmers.“

> „Es braucht den Paradigmenwechsel in den Verwaltungen: Weg vom Problematisieren, hin zum Ermöglichen.“

> „Wir brauchen mehr Vertrauen statt immer neuer Nachweise.“

> „Bitte gebt den Unternehmern Luft zum Atmen und etwas Vertrauen.“

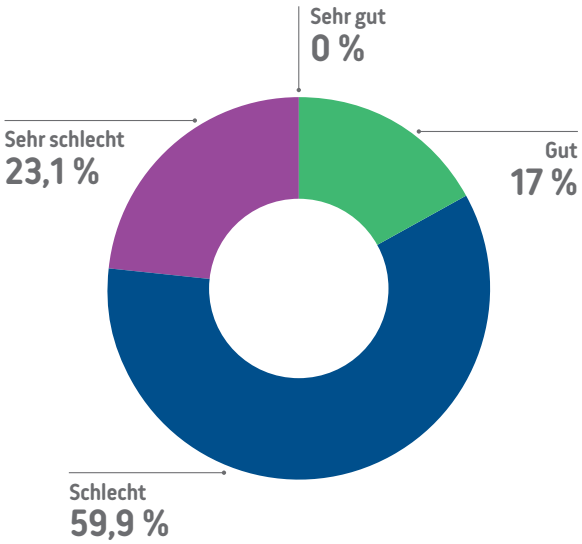
> „Die Abläufe nicht künstlich in die Länge ziehen, kurze Dienstwege, weniger Ansprechpartner.“

Was Unternehmen **konkret erwarten**

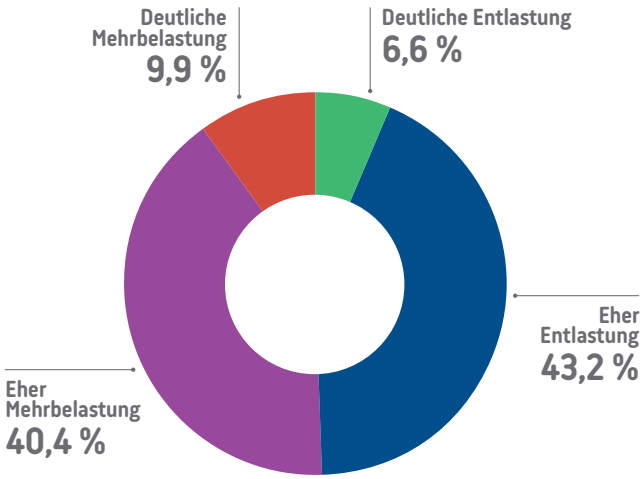
Aus den Freitextantworten der Umfrageteilnehmer lassen sich fünf Kernforderungen ableiten:

Once-Only-Prinzip	Daten nur einmal erfassen und mehrfach nutzen.
Schnellere Genehmigungen	Verkürzung von Bau-, Planungs- und Förderverfahren.
Einheitliche digitale Verwaltung	Bundesweit kompatible Standards.
Weniger Dokumentationspflichten	Fokus auf wesentliche Informationen.
Mehr Vertrauen	Stärkere Orientierung an Risikoprüfungen und Stichproben statt an pauschalen Nachweispflichten.

Wie bewerten Sie den Digitalisierungsgrad öffentlicher Verwaltungen?



Führt Digitalisierung aktuell zu einer Entlastung oder Mehrbelastung?



Handlungsempfehlungen **der IHKLW**

Bürokratieabbau zur wirtschafts-politischen Priorität machen

Die Ergebnisse der aktuellen IHKLW-Umfrage verdeutlichen mit großer Klarheit: Bürokratieabbau ist für die Wirtschaft kein Nebenschauplatz, sondern eine zentrale Voraussetzung für Investitionen, Innovationen, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Unternehmen berichten weiterhin von steigenden Dokumentations-, Nachweis- und Berichtspflichten, langen Genehmigungsverfahren sowie hohen Verwaltungsaufwänden. In wirtschaftlich herausfordernden Zeiten wird ein leistungsfähiger und handlungsfähiger Staat damit zu einem entscheidenden Standortfaktor.

Positiv ist, dass der Bürokratieabbau auf Bundes- und Landesebene inzwischen deutlich stärker in den politischen Fokus gerückt ist. Mit der Ende 2025 verabschiedeten Föderalen Modernisierungsagenda haben Bund und Länder einen umfassenden Reformprozess gestartet. Die Agenda umfasst mehr als 200 Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung, Verfahrensbeschleunigung, Digitalisierung und zum Bürokratierückbau. Ziel ist unter anderem eine spürbare Senkung der Bürokratiekosten, die konsequente Umsetzung des Once-Only-Prinzips sowie die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Der erste Fortschrittsbericht von Bund und Ländern zeigt, dass bereits bei zahlreichen Maßnahmen konkrete Umsetzungsfortschritte erzielt wurden. Dazu zählen die Reduzierung von Berichtspflichten, die Bündelung von Verwaltungsleistungen sowie die Digitalisierung wichtiger Verwaltungsverfahren.

Auch Niedersachsen hat den Bürokratieabbau und die Verwaltungsmodernisierung als zentrale politische Handlungsfelder identifiziert. Für Unternehmen kommt es nun darauf an, dass angekündigte Reformen schnell und konsequent umgesetzt werden. Entscheidend sind dabei messbare Entlastungen im betrieblichen Alltag, kürzere Verfahrensdauern sowie ein deutlicher Ausbau digitaler Verwaltungsangebote. Ankündigungen und Strategiepapiere müssen sich künftig an konkreten Ergebnissen für Unternehmen messen lassen.

Vor diesem Hintergrund fordert die IHKLW, Bürokratieabbau dauerhaft zu einer wirtschaftspolitischen Priorität auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu machen. Die Modernisierungsagenda des Bundes sowie die föderalen Reformvorhaben müssen konsequent weiterverfolgt, regelmäßig überprüft und transparent dokumentiert werden. Fortschrittsberichte und Kabinettsbeschlüsse sollten verbindliche Zielmarken enthalten und die tatsächlich erreichten Entlastungen für Unternehmen nachvollziehbar ausweisen.

PRAXISNAHE REFORMVORSCHLÄGE

Forderungen der IHKLW **zum Bürokratieabbau**

1. Belastungsmoratorium für neue Berichtspflichten
2. Systematische Überprüfung bestehender Vorschriften
3. Beschleunigung von Genehmigungsverfahren
4. Flächendeckende Verwaltungsdigitalisierung
5. Durchsetzung des Once-Only-Prinzips
6. Mittelstandscheck bei neuen Regelungen
7. Einheitliche digitale Ansprechpartner
8. Verbindliche Bürokratieabbauziele mit jährlichem Monitoring und Fortschrittsberichten
9. Praxischecks mit Unternehmen vor Inkrafttreten neuer Vorschriften
10. Genehmigungsfiktionen und Fristenregelungen konsequent ausweiten
11. Digitale Register vernetzen und Datenaustausch zwischen Behörden ermöglichen
12. EU-Vorgaben bürokratiearm und ohne zusätzliche nationale Belastungen umsetzen („Gold-Plating“ vermeiden)
13. Kommunale Verwaltungsverfahren stärker standardisieren und harmonisieren
14. Wirtschaftsrelevante Planungs-, Bau- und Umweltverfahren weiter beschleunigen
15. Regelmäßigen Bürokratie-TÜV für bestehende Gesetze, Verordnungen und Berichtspflichten etablieren

Nur wenn Bund, Länder und Kommunen den begonnenen Modernisierungskurs entschlossen fortsetzen und die Umsetzung konsequent vorantreiben, kann es gelingen, Unternehmen spürbar zu entlasten, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu stärken und neue Wachstumsimpulse zu ermöglichen. Bürokratieabbau muss deshalb als Daueraufgabe verstanden werden – mit klaren Zuständigkeiten, überprüfbaren Zielen und messbaren Ergebnissen.

Kurzfazit
Die Umfrage vermittelt ein eindeutiges Bild: Bürokratie wird von vielen Unternehmen als erhebliches Wettbewerbshemmnis wahrgenommen. Die größten Potenziale liegen in Vereinfachung, Digitalisierung, Standardisierung und einem stärkeren Vertrauensprinzip.

Methodik

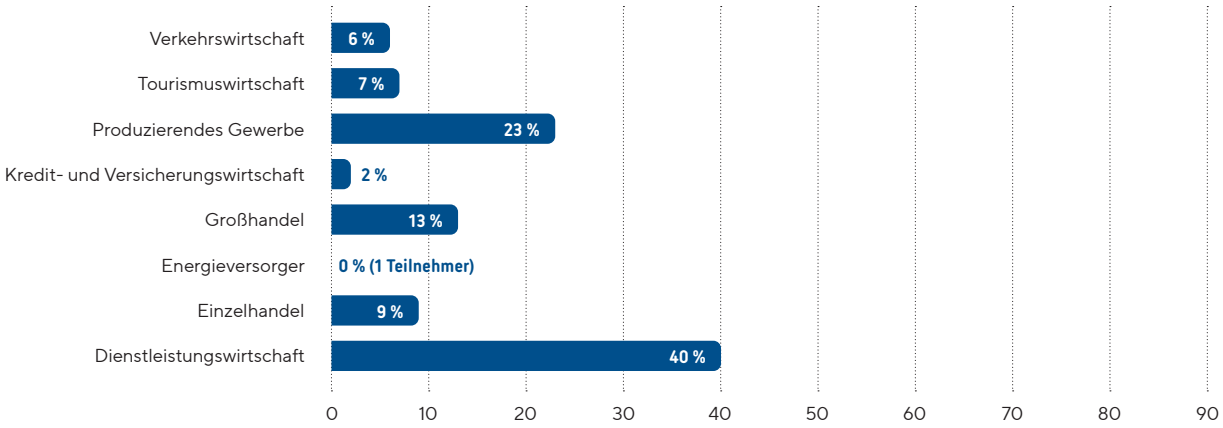
Befragungszeitraum

15. Juli 2026 bis 7. August 2026

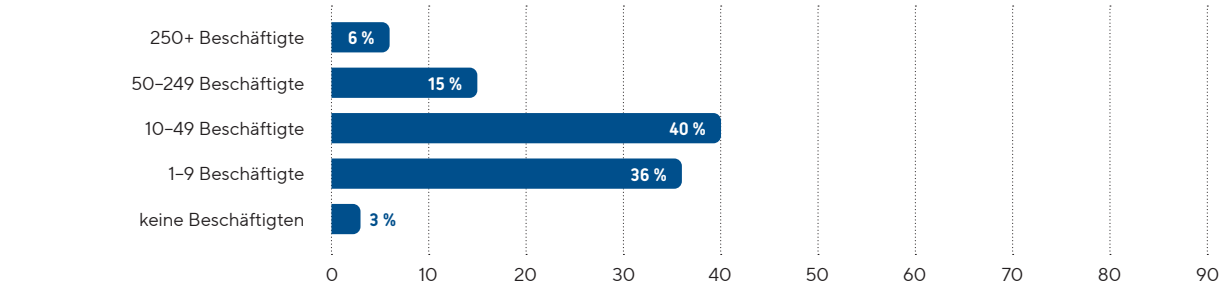
Teilnehmer

216 Unternehmen verschiedener Branchen und Größenklassen.

Branchen



Unternehmensgröße



Inhalt

Die Unternehmen wurden unter anderem befragt zu:

→ Bürokratiebelastung
→ zeitlichem Aufwand
→ Kosten
→ Belastungsschwerpunkten
→ Auswirkungen auf Investitionen und Wachstum
→ Entlastungsmaßnahmen
→ konkreten Vorschlägen zum Bürokratieabbau

Herzlichen Dank an **alle Teilnehmenden**

Vielen Dank! Die IHK bedankt sich herzlich bei allen Unternehmer*innen, die sich an der Bürokratieumfrage beteiligt haben.

Impressum

HERAUSGEBER
IHK Lüneburg-Wolfsburg
Am Sande 1, 21335 Lüneburg
Telefon: 04131 742-0
E-Mail: service@ihklw.de

REDAKTION
Medina Gaidus, Beraterin für Bürokratieabbau und Rechtspolitik

HINWEIS
Eine Haftung oder Garantie für die Aktualität, Richtigkeit oder Vollständigkeit der zur Verfügung gestellten Informationen wird nicht übernommen.

TITELBILD
© Copilot | KI-generiert

Ihre Ansprechpartnerin
Medina Gaidus
Beraterin für Bürokratieabbau und Rechtspolitik
Telefon: 04131 742-147
E-Mail: medina.gaidus@ihklw.de

STANDORTE

IHK Lüneburg-Wolfsburg
Am Sande 1, 21335 Lüneburg
Telefon: 04131 742-0
E-Mail: service@ihklw.de

IHK-Geschäftsstelle Celle
Sägemühlenstraße 5, 29221 Celle
Telefon: 05141 9196-0

IHK-Geschäftsstelle Wolfsburg
Porschestraße 32, 38440 Wolfsburg
Telefon: 05361 2954-0